

Migration und Zuwanderung

Sind als Themen derzeit gesamtgesellschaftlich und in der Sozialen Arbeit so aktuell wie brisant. Stimmenzuwächse von Parteien, die auf Fremdenfeindlichkeit und Überfremdungsängste setzen; ein neues Zuwanderungsgesetz, das Rahmenbedingungen verändert und neue Situationen schafft und nicht zuletzt die „Hartz-Gesetze“, deren Auswirkungen noch nicht absehbar sind, beschäftigen Politik, Verwaltungen und soziale Dienste. Mit dem vorliegenden Artikel sollen die Grundlagen von Migration und Zuwanderung in Deutschland aufgezeigt werden. Er will einen Überblick über Art und Umfang der Zuwanderung im Nachkriegsdeutschland, Zusammensetzung und Lebenslagen der zugewanderten Bevölkerung sowie von Migration im kommunalen Kontext vermitteln. Mit theseartigen Positionen zu den Bereichen „demografische Entwicklung“, „Arbeitsmarkt“, „soziale Sicherungssysteme“ und „offene Gesellschaft“ werden die gängigen Hoffnungen und Erwartungen für eine prosperierende gesellschaftliche Entwicklung in Verbindung mit Zuwanderung beurteilt.

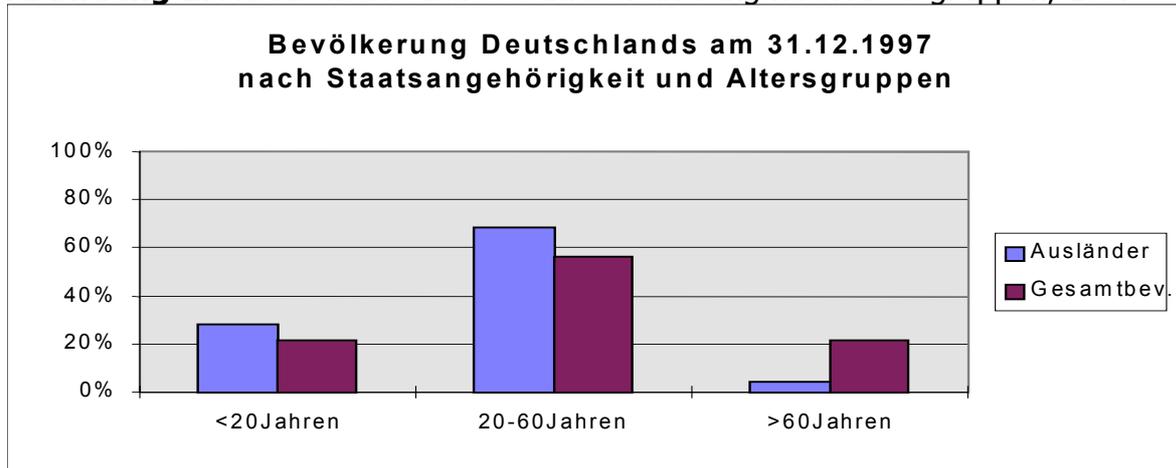
Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland

Die **Geschichte der Zuwanderung** im Nachkriegsdeutschland ist, in seinen Anfängen, geprägt durch die Aufnahme von etwa 8 Mio. „Vertriebenen“ (bis 1950) aus den ehemaligen deutschen oder besetzten Gebieten. Von 1950 bis 1961 kamen ca. 2,6 Mio. Menschen als „Übersiedler“ aus der DDR nach Westdeutschland und halfen den, durch wirtschaftlichen Aufschwung verursachten, Arbeitskräftebedarf zu decken.¹ Für den weiter steigenden Bedarf an Arbeitskräften wurden, seit Anfang der 60er Jahre, „Gastarbeiter“ aus den sogenannten Anwerbeländern aufgenommen, die später entweder die angebotenen Rückkehrhilfen nutzten und wieder in ihre Heimatländer zurück kehrten oder nach dem Familiennachzug von Angehörigen, dauerhaft in Deutschland blieben. Weitere Zuwanderergruppen waren, von 1950 bis 2002 etwa 4,3 Mio., deutschstämmige „Aussiedler“ aus Osteuropa und der früheren Sowjetunion sowie Asyl suchende Flüchtlinge aus Krisengebieten der Welt und Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Balkanstaaten. Von 1960 bis 2002 sind knapp 27 Mio. ausländische Staatsangehörige nach Deutschland zugezogen, von denen ca. 19 Mio. wieder ausgewandert sind.² Somit hat sich ihre Zahl im gleichen Zeitraum verzehnfacht und ihr Anteil bis 2002 auf rund 9% erhöht.³

Während der **Bevölkerungsanstieg** in Deutschland, im ersten Nachkriegsjahrzehnt um etwa 10 Mio. Menschen, vorwiegend auf die Zuwanderung von „Vertriebenen“ zurückzuführen ist, erklärt sich der Anstieg um weitere 10 Mio. Menschen, in den letzten vier Jahrzehnten, zu drei Vierteln aus Zuwanderungen ausländischer Arbeitsmigranten und Flüchtlingen sowie zu einem Viertel „Aussiedlern“.⁴ Ohne die zugewanderte ausländische und deutschstämmige Bevölkerung, inklusive der Einbürgerungen, wäre die Bevölkerungszahl Deutschlands heute um nahezu 15 Mio. Menschen niedriger, mit entsprechenden Folgen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherungssysteme.⁵

Wegen des hohen Anteiles an Arbeitsmigranten, unterscheidet sich der **Altersaufbau** der zugewanderten Bevölkerung von der Gesamtbevölkerung in Deutschland. In der ausländischen Bevölkerung überwiegt der Anteil der mittleren Altersgruppen stärker als in der Gesamtbevölkerung. Der Anteil junger Menschen ist höher während der Anteil der älteren Menschen in der ausländischen Bevölkerung wesentlich niedriger liegt. (vgl. Abb.1)

Abbildung 1: Ausländische und Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen, 1997



Quelle: Datenreport 1999, Seiten 34 u. 44

Anmerkungen: Die Altersgruppeneinteilungen beider Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich darin, dass bei den Ausländern alle unter 21-jährigen, 21-64-jährigen und 65-jährigen und Älteren erfasst sind. Für die deutsche Bevölkerung gelten die in obiger Abbildung angegebenen Altersgrenzen.

Aussagen zur **Aufenthaltsdauer** sind erst bei differenzierter Betrachtung der verschiedenen Gruppen zugewanderter Bevölkerungsteile sinnvoll. Denn hinter der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, die 2002 bei 16 Jahren lag, verbergen sich große Unterschiede. Von den derzeit etwa 7,3 Mio. Menschen ausländischer Staatsbürgerschaft leben 59% schon länger als 10 Jahre, ein Drittel davon schon mehr als 20 Jahre in Deutschland, 15% leben zwischen 6 und 10 Jahren, 26% seit weniger als sechs Jahre in Deutschland.⁶ Zu letzterer Gruppe gehören vor allem Asylsuchende, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sowie Werkvertragsarbeiter.⁷ Das bedeutet, dass für mehr als die Hälfte der ausländischen Bevölkerung und insbesondere der Arbeitsmigranten, ihr Aufenthalt in Deutschland auf Dauer angelegt ist.

Das Bevölkerungswachstum Deutschlands wird nicht nur von der Zuwanderung ausländischer Staatsbürger, sondern auch durch deren höhere Geburtenrate begünstigt, denn die **Geburtenrate** der ausländischen Bevölkerung liegt höher als die der Gesamtbevölkerung.⁸

In der **regionalen Verteilung** der zugewanderten Bevölkerung gibt es deutliche Unterschiede, weil die Wohnsitzwahl, mit Ausnahme der staatlich gelenkten Flüchtlingsunterbringung, von örtlichen Wirtschaftsstrukturen und Erwerbsmöglichkeiten abhängig ist. Die zugewanderte Bevölkerung konzentriert sich auf die westdeutschen Ballungsräume, mit einem doppelt so hohen Migrantenanteil und auf die Kernstädte, in denen dreimal so viele Zuwanderer wohnen wie in den ländlichen Regionen.⁹

Neben den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, verzeichnen die Länder Baden-Württemberg, Hessen, und Nordrheinwestfalen zweistellige Quoten und damit die höchsten Anteile ausländischer Bevölkerung.¹⁰ Ostdeutschland hat dagegen, historisch bedingt, nur sehr niedrige Quoten.¹¹

Heterogenität der Zuwanderungsbevölkerung

Durch den Nachzug von Frauen und Kindern, entwickelte sich ein Einwanderungsprozess, als dessen Kennzeichen, neben dem Anstieg der Aufenthaltsdauer, die Angleichung von Erwerbsquoten, Haushaltsformen, Geburtenraten und Straffälligkeitsquoten ausländischer und deutscher Bevölkerung angesehen werden können.¹² Bei näherer Betrachtung zeigt sich deshalb ein recht heterogenes Bild der Zuwanderungsbevölkerung. (vgl. Tab.1)

Tabelle 1: Unterscheidung der Zuwanderungsbevölkerung

Die Zuwanderungsbevölkerung lässt sich wie folgt differenzieren:		
Mehrheiten von <i>Einwanderern</i> mit langer Aufenthaltsdauer <i>Handelstouristen</i> und Bleibeabsichten in		wachsende Minderheiten von <i>Flüchtlingen</i> , <i>Saisonarbeitern</i> , <i>und Illegalen</i> , mit begrenzter Verweildauer prekären Lebenslagen
Minderheit mit sozialer Aufwärtsmobilität <i>„Migrationsgewinner“</i>	Mehrheit mit sozialen und ökonomischen Unterschichtsmarkmalen und schlechten Lebensbedingungen, <i>„Migrationsverlierer“</i>	
große Teile mit Intergrationsfortschritten in Bezug auf Sprache, Bildung und kulturelle Handlungsmuster	Teile in ungeklärter Zwischenposition	relevanter werdende Minderheit mit starken Rückzugstendenzen in die eigene ethnische Gruppe

Quelle: eigene Darstellung nach Krummacher 1998, S. 323.

Bei aller Unterschiedlichkeit von Migrantengruppen und trotz verbesserten Bildungsabschlüssen der zweiten und dritten Einwanderergenerationen, trotz Bildung eines „ausländischen Mittelstandes“, relativ weit entwickelten Selbsthilfepotentialen und trotz der Konsum- und Wirtschaftskraft zugewanderter Bevölkerung, sind Migranten in Deutschland stärker von sozialer Ungleichheit in Form von Erwerbslosigkeit und Armut betroffen, als der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Durch ein Zusammentreffen verschiedener sozialer Benachteiligungen mit Merkmalen, die zu Vorurteilen oder Diskriminierungen führen, können bestimmte Gruppen vom üblichen gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgeschlossen und an den Rand gedrängt werden. Hiervon sind u.a. auch Teile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund betroffen.

Lebenslagen von Migranten

Wirtschaftliche und politische Bedingungen sind ausschlaggebend für Art und Umfang von Migration. Während die Verhältnisse in den Herkunftsländern den Migrations*wunsch* der Menschen hervorrufen dürften, können politische Entscheidungen und Wirtschaftskraft im Zielland/der Zielregion, als ausschlaggebend für die Migrations*entscheidung* angesehen werden. Dementsprechend haben sich die Einwanderungszahlen in den letzten Jahrzehnten, nach jeweiligen politischen Veränderungen in Deutschland bzw. Europa, entwickelt. Obwohl die meisten Zuwanderer, ohne abgelehnte Asylsuchende, auf Dauer im Land bleiben, den Anteil der Bevölkerung im Kindes- und Erwerbsalter erhöhen und damit sowohl die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme als auch das Angebot auf dem Arbeitskräftemarkt sichern, sind sie in ihrer Mehrheit nach wie vor rechtlich, politisch, sozial und ökonomisch benachteiligt.

Die ökonomische Lage von Migranten ist stark abhängig von ihrer **Bildung und Ausbildung**. Erwachsene Migranten verfügen seltener als Deutsche über höhere Bildungsabschlüsse.¹³(vgl. Tab.2) Von den jüngeren Migranten haben schon ein Drittel einen höheren Bildungsabschluss. Dies sind jedoch nur halb so viele wie unter deutschen Jugendlichen. Gründe für die Unterschiede im Bildungsniveau zwischen ausländischen und deutschen Jugendlichen liegen vorwiegend in der beruflichen und sozialen Stellung der Eltern, die im Herkunftsland bereits unteren Schichten angehörten und dies nach der Einwanderung ebenfalls bleiben. Ein anderer wichtiger Punkt sind Sprachprobleme der Eltern.¹⁴

Tabelle 2:

Schulabschlüsse deutscher und ausländischer SchülerInnen 1994 in Deutschland

Schulabschluss	deutsche	ausländische SchülerInnen
Sonderschule	3,4%	4,5%
Ohne Hauptschulabschluss	8,3%	15,8%
Mittlere Reife/Hochschulreife	2/3	1/3
Hochschulreife	1/4	1/10

Quelle: Eigene Darstellung nach Hradil 1999, S. 337f.

Der **Arbeitsmarkt** tut ein Weiteres zur schlechteren ökonomischen Lage von Migranten hinzu, deren Anteil in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, in Selbständigkeit, Arbeitslosigkeit oder ohne Arbeitserlaubnis zunimmt. Der Abbau von Arbeitsplätzen im Produktionssektor geht zu Lasten von Arbeitsplätzen von Zuwanderern, weil deren Anteil in diesem Sektor relativ hoch ist. Zwar hat sich unter ausländischen Erwerbstätigen der Anteil der Angestellten in den letzten Jahrzehnten ebenfalls erhöht, jedoch nur halb so stark wie bei deutschen Erwerbstätigen.¹⁵

Aufgrund ihrer beruflichen Stellung haben Migranten in Deutschland entsprechend schlechtere **Arbeitsbedingungen**. Sie verrichten mehr körperlich schwere, gefahrenträchtige, schmutzige und gesundheitsbelastende Arbeiten, sind häufiger in Schicht- und Nachtdienst tätig und haben geringere Qualifizierungs-, Umschulungs- und Aufstiegschancen.¹⁶ Wegen ihrer geringen beruflichen Qualifikationen und der vorwiegenden Beschäftigung in ungünstigen Branchen, erzielen ausländische Arbeitnehmer durchschnittlich um 12% geringere Einkommen als deutsche Arbeitnehmer. Arbeitslosigkeit und Mittellosigkeit von ausländischen Bürgern wirken sich auf die fast dreimal höhere Sozialhilfebedürftigkeit aus.¹⁷

Bei den **Wohnbedingungen** fallen der höhere Mieteranteil, schlechtere Wohnungsausstattung und höhere Wohndichte von Haushalten ausländischer Bevölkerung ins Gewicht.¹⁸

Sprachkenntnisse sind nicht nur erforderliche Voraussetzung für Bildungserfolge und Berufschancen im Dienstleistungsbereich, sondern auch für die Pflege intensiver Beziehungen zwischen zugewanderter und einheimischer Bevölkerung. Nach eigenen Angaben verfügen 80% der „Aussiedler“ und Migranten aus EU-Staaten über gute deutsche Sprachkenntnisse. Unter den Zuwanderergruppen aus der Türkei und den Balkenstaaten nur etwa die Hälfte. Ausländische Frauen, insbesondere Türkinnen, haben oft nur unterdurchschnittliche Sprachkenntnisse. Trotz den hohen Anteilen von Migranten mit langer Aufenthaltsdauer, hat fast die Hälfte aller Zuwanderer und zwei Drittel der Migranten aus der Türkei keine deutschen **Freundschaften**.¹⁹ Als Gründe kommen neben Sprachproblemen, Konzentrationen ausländischer Haushalte in den Kernstädten der Verdichtungsräume, geringe politische Partizipationsrechte für ausländische Staatsangehörige, fremdenfeindliche Einstellungen deutscher Bevölkerungsteile und zunehmende Straftaten mit rassistischem Hintergrund in Frage.²⁰

Migration im kommunalen Kontext

Zuwanderung ist aus historischer Sicht konstitutiver Bestandteil von **Stadtentwicklung**. Für die Städte ist Zuwachs durch Zuwanderung heute überlebenswichtig, denn ohne sie gäbe es Bevölkerungsschwund und große Instabilität der Stadtbevölkerung.²¹ Wenn sich innerhalb der großen Städte die zugewanderte Bevölkerung wiederum kleinräumig, oft in Bezirken schlechterer Wohnqualität und günstiger Mieten konzentriert, liegt deren Anteil dort nicht selten bei 25% bis 50%. Unter Kindern und Jugendlichen z.T. noch höher. In Bezug auf die **Bildung ethnischer Kolonien** innerhalb der Städte gibt es sowohl Pro- als auch Contra-Argumente, entsprechend kontrovers werden deren Wirkungen diskutiert.

Gründe, die für ethnische Koloniebildungen sprechen, nach Heckmann:

- Hilfe für nachfolgende Neueinwanderer
- Heimat in der Fremde, zur Stabilisierung der Persönlichkeit
- Kollektive Selbsthilfe bei Alltagsproblemen
- Reproduktion und Wandel „kulturspezifischer Sozialisation“ und soziale Kontrolle der Eigengruppe
- Erleichterte kollektive Interessenartikulation und –vertretung.

(Heckmann, Friedrich (1992): Ethnische Minderheiten. Volk und Nation, Enke, Stuttgart.)

Contra-Argumente ethnischer Koloniebildungen nach Esser/Friedrichs:

- Instabilität städtischer Gesellschaften durch die Überlagerung von sozialer Ungleichheit und ethnisch-kultureller Spaltung
- Aktivierung von Stigmatisierungsprozessen seitens der unterprivilegierten Einheimischen, weil sichtbare Andersartigkeit der Fremden als Provokation empfunden wird (Überfremdungsangst)
- Störung der Offenheit zwischen ethnischer Kolonie und Aufnahmegesellschaft durch Rückzug der Migranten
- Behinderung von Qualifikationen und Kontakten bei Migrantenkindern und –jugendlichen, durch fehlende interethnische Kontakte in Schule und Freizeit bei hoher räumlicher Konzentration
- Selbstgenügsamkeit von ethnischen Kolonien kann zur Mobilitätsfalle und Benachteiligung im Erwerb von Fähigkeiten für interethnischen Wettbewerb werden
- Zementierung der Unterschichtung von Migranten durch andauernde ethnische Eigenständigkeit.

(Esser, Hartmut / Friedrichs, Jürgen (1990) (Hrsg.): Generation und Identität,. Opladen.)

Städte scheinen ohnehin nur begrenzte Möglichkeiten zur Verhinderung von hohen Konzentrationen bestimmter Bevölkerungsgruppen in Stadtteilen zu haben, weil der private Wohnungsmarkt von den Kommunen nicht direkt zu beeinflussen ist und Aufwertungsstrategien für einzelne Quartiere sowohl ausländische wie deutsche Arme verdrängen und soziale Brennpunkte örtlich verlagern und konzentrieren können. Städte und Stadtteile mit hohem Ausländeranteil sind faktisch multiethnische Einwanderungsgesellschaften.

Für diese gilt die **Überlagerung sozialer Ungleichheit mit heterogener Ethnizität** als typisch. Mit der Konzentration von Migranten in den Städten erhöhen sich dort, je nach Wirtschaftskraft und Tertiarisierungsgrad, oft auch Erwerbslosigkeit und Armut mit entsprechenden ökonomischen und sozialen Folgen.

Aus der gleichen Betroffenheit von sozialer Ungleichheit, aber unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit, können sich Konflikte entwickeln, die insbesondere in der **Polarisierung** zwischen, als eingewachsenen Einheimischen sich begreifenden, „Deutschen“ und, als Fremde identifizierten, „Ausländern“ von latenter Fremdenfeindlichkeit in offene Ablehnung umschlagen können. Art, Gegenstand und Ausprägung solcher Konflikte sind abhängig von der Aufnahmefähigkeit der Arbeits- und Wohnungsmärkte, dem Diskurs über Migration in Politik und Medien auf der einen Seite sowie von Alter, Status, Konkurrenzwahrnehmung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und den interkulturellen Kontakten der jeweiligen Personen auf der anderen Seite.²²

Individuelle **Integration** geschieht auch in tertiarisierten Gesellschaften vorwiegend über den Arbeitsmarkt, auf den Städte bestenfalls im Sinne der Schaffung günstiger Voraussetzungen einwirken können. Gesellschaftliche Integration, verstanden als ein aufeinander Zugehen von Einheimischen und Zuwanderern, braucht eine Kombination von nachteilsausgleichenden Maßnahmen für Bildung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit sowie von baulichen, ökonomischen und sozialen Infrastrukturbedingungen, verbunden mit wirksamer Partizipation der zugewanderten Bevölkerung.

Zuwanderung als Voraussetzung prosperierender Entwicklung

Von der Zuwanderung verspricht man sich für die Zukunft wesentliche Vorteile in Bezug auf die demografische Entwicklung, den Arbeitsmarkt, die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und die Entwicklung einer offenen Gesellschaft.

Demografische Entwicklung

So soll durch Zuwanderung junger und mittlerer Altersgruppen die Bevölkerungsalterung gebremst und eine allzu ungünstige Verschiebung der Altersstruktur vermieden werden.²³ Dies kann jedoch nur gelingen, wenn der Zuwanderungsstrom nicht versiegt, sondern stetig fließt. Attraktiv für Migranten dürfte ein Land dann sein, wenn es keine zu hohen rechtlichen Hürden für die Einwanderung aufstellt, den Zuwanderern ökonomische und soziale Lebensperspektiven vermitteln kann und echte Integrationschancen durch rechtliche und politische Teilhabe im Sinne von Bürgerechten bietet.

Von einer höheren Kinderzahl bei Migranten kann eine Gesellschaft nur dann profitieren, wenn Kinderfreundlichkeit gewährleistet bzw. verbessert wird, denn die Geburtenraten von Zuwanderungsgruppen gleichen sich mit zunehmender Verweildauer der Gesamtbevölkerung an.²⁴ Kinder- und familienfreundliche Politik, die Lebensräume für Kinder berücksichtigt und für bedarfsgerechte Betreuungsangebote sorgt, hilft allen BürgerInnen sich ein Leben mit Kindern vorstellen und einrichten zu können.²⁵

Arbeitsmarkt

Bedingt durch die demografische Entwicklung wird das derzeitige Überangebot an Arbeitskräften in Deutschland und Westeuropa in wenigen Jahrzehnten in einen Mangel an Menschen im erwerbsfähigen Alter umkehren.²⁶ Dies wird sich, nach dem derzeitigen Kenntnisstand, vor allem in einem Mangel an Fachkräften zeigen. Angesichts der Betroffenheit aller fortgeschrittenen Industriegesellschaften von derselben (demografischen) Entwicklung, kann nicht damit gerechnet werden, den Fachkräftebedarf einfach aus anderen Ländern decken zu können. Das zukünftige Potential muss also durch verstärkte Förderung von Bildung und Ausbildung für den Nachwuchs, aus allen gesellschaftlichen Schichten, gewonnen werden. Kein hochentwickeltes Land wird es sich mehr leisten können, etwa ein Viertel seiner Nachwuchsgeneration, darunter einen großen Teil an Kindern mit Migrationshintergrund, ohne ausreichende Schulbildung und ohne berufliche Ausbildung ihrem Schicksal zu überlassen.²⁷

Soziale Sicherungssysteme

In Deutschland ist die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, nach dem bismarckschen Versicherungsmodell, vorwiegend an Löhne und Gehälter gekoppelt. Durch die demografische Entwicklung entstehen höhere Kosten für Renten und Gesundheit des größer werdenden Anteils alter Menschen, bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen durch die schrumpfende Zahl von Erwerbstätigen. Es besteht die Erwartung, durch Zuwanderung von Erwerbstätigen die Beitragseinnahmen für die Sozialversicherungen erhöhen und durch Abbau von Arbeitslosigkeit, deren Ausgaben senken zu können. Solche Hoffnungen scheinen nur dann realistisch, wenn die zugewanderte Bevölkerung entsprechende Erwerbschancen auf dem Arbeitsmarkt hat. Hierzu braucht es neben guter Bildung und Ausbildung auch berufliche Qualifizierung, damit das vorhandene Erwerbspersonen-Potential fachlich hochwertige Tätigkeiten übernehmen kann, die auf den einheimischen Arbeitsmärkten der Zukunft gefragt sein werden.

Offene Gesellschaft

Durch Zuwanderung, so die weiteren Hoffnungen, erhalten Einheimische Kontakte und Beziehungen zu Migranten, wodurch Unsicherheiten im Umgang miteinander und vorhandene Ängste vor Fremden abgebaut werden. Tatsächlich sind Fremdenfeindlichkeit und Angst vor Überfremdung meist dort am stärksten ausgeprägt, wo es die geringsten Anteile von Migranten und am wenigsten Berührungspunkte gibt.²⁸ Damit aus Ablehnung und Ausgrenzung aber Akzeptanz und Toleranz werden können, braucht es gesellschaftliche Solidarität mit Schwachen und Unterstützung für *alle* benachteiligten Bevölkerungsteile. Denn die Konkurrenz um knappe Güter erhöht bekanntlich soziale Abschließungstendenzen und das Konfliktpotential, insbesondere bei Menschen, die um den Erhalt ihres Status bangen müssen.²⁹

Ausblick

Wenn Zuwanderung tatsächlich als wichtig für eine prosperierende Entwicklung angesehen wird, sollte den Themen Migration und Zuwanderung entsprechende Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mit dem Zuwanderungsgesetz ist ein Anfang dazu gemacht. Dessen Wirkungen gilt es zu erforschen und auszuwerten. In diesem Zusammenhang steht die fachliche und politische Auseinandersetzung mit und um unterschiedliche Integrationskonzepte an. Wie die Entscheidungsprozesse um das Zuwanderungsgesetz gezeigt haben, gibt es hierzu sehr kontroverse Vorstellungen und Interessen, die sich nicht unbedingt an den Grenzen politischer Parteien festmachen lassen. Für die diesbezügliche Aufgabenbestimmung Sozialer Arbeit und die Konzipierung flankierender Maßnahmen, braucht es ein gelingendes „Migrations-Management“, verstanden als politische und fachliche Querschnittsaufgabe. Wo es hierfür professioneller (Ver-)Mittlung bedarf, scheint „interkulturelle Kompetenz“ zur Schlüsselqualifikation zu werden.

Offenburg, März 2005

Dr. phil. Martin Becker
Sozialwissenschaftler,
Kommunal- und Organisationsberatung;
77654 Offenburg, Scheffelstraße 23; Tel.: 0781-39120;
kontakt@organisationsentwicklung-becker.de

Anmerkungen:

¹ Datenreport 2004: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), S. 30

² Datenreport 2004, S.30f.

³ Die Zahl der in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen erhöhte sich von 1960 bis 2002 von ca. 0,7 Mio.(0,9%) auf 7,3 Mio. bzw. 9%.(Datenreport 2004, S. 31)

⁴ Die Bevölkerungszahl Deutschlands erhöhte sich von 72.973.000 in 1960 auf 82.537.000 in 2002, davon waren ca. 4 Mio. ausländische Arbeitsmigranten, ca. 2 Mio. Flüchtlinge sowie ca. 4 Mio. „Aussiedler“.(Datenreport 2004, S. 30f.)

Die 1998 ca. 7,3 Mio. registrierten ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland setzten sich zusammen aus:

ca. 40% (2,9 Mio.) Migranten aus ehemaligen „Anwerbeländern“ außerhalb der EU (z.B. Türkei, Jugoslawien, Marokko, Tunesien); ca. 24,5% (1,8 Mio.) Migranten aus EU-Staaten; ca. 22% (1,6 Mio.) Flüchtlingen (Bürgerkriegs-, Kontingent-, Konventionsflüchtlingen, Asylsuchende); ca. 13,5% (1 Mio.) Migranten aus sonstigen Drittstaaten (insbesondere aus Osteuropa). Zwischen 1985 und 1995 gab es etwa 1,4 Mio. Einbürgerungen in Deutschland. (Krummacker 1998)

⁵ Krummacker, Michael (1998): Zuwanderung, Migration in: Hartmut Häußermann (Hrsg.), Großstadt. Soziologische Stichworte, Leske + Budrich, Opladen, Seite 320ff..

⁶ Datenreport 2004, S.49

⁷ Hradil, Stefan (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Leske + Budrich, Opladen, S.344

⁸ 2002 wurden 79.000 Kinder ausländischer Eltern in Deutschland geboren, bei 7,3 Mio. ausländischer Bevölkerung (entspricht 10,5 Geburten pro 1000 Einwohnern), gegenüber 719000 Geburten bei 82,5 Mio. Einwohnern Deutschlands (entspricht 8,7 Geburten pro 1000 Einw.). (Datenreport 2004, S. 49)

⁹ Über 80% der ausländischen Bevölkerung leben in Großstädten, gegenüber 58% der deutschen Bevölkerung.(Krummacker 1998, S.322)

¹⁰ Ende 2002 waren in Hamburg 14,8%, Berlin 13,1%, Bremen 12,5%, Baden-Württemberg 12,2%, Hessen 11,6% und Nordrhein-Westfalen 11% Bewohner mit ausländischer Staatsbürgerschaft gemeldet.(Datenreport 2004, S. 50)

¹¹ In den ostdeutschen Bundesländern betrug der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung vor der

Vereinigung 1989 nur 1, 2%. In allen ostdeutschen Ländern zusammen lebten 2002 nur 2,3% ausländische Staatsangehörige. (Datenreport 2002, S. 48)

¹² 2001 lagen nur die Erwerbsquoten von Zuwanderern aus EU-Staaten höher als die der deutschen Bevölkerung. (Datenreport 2004, S. 580)

¹³ 1995 hatten 20% aller erwachsenen Ausländer in Deutschland keinen Schulabschluss, 42% eine Pflichtschule im Herkunftsland besucht, 11% einen höheren Bildungsabschluss im Ausland gemacht und 27% eine Schule in Deutschland besucht. (vgl. Tab. 2)

¹⁴ Hradil 1999, S. 338

¹⁵ Während 1970 noch 84,9% der ausländischen Erwerbstätigen als Arbeiter beschäftigt waren, ist deren Anteil bis 1995 auf 64,6% gesunken. Der Angestelltenanteil unter den ausländischen Erwerbstätigen hat sich von 1970 bis 1995 auf 26,6% verdoppelt, lag damit aber nur halb so hoch wie der von deutschen Erwerbstätigen (55%). (Hradil 1999, S. 339)

¹⁶ Hradil 1999, S.340

¹⁷ Hradil 1999, S.344

¹⁸ Datenreport 2004, S.576ff.

¹⁹ Datenreport 2004, S.582

²⁰ 23% der befragten Deutschen fühlten sich 1994 allein durch die Anwesenheit von Ausländern gestört. Nur EU-Ausländer besitzen das kommunale Wahlrecht in Deutschland. 1994 nannten 31,3% der befragten Ausländer (und 41,2% der Türken) auf die Frage nach ihren „größten Sorgen“, die „Ausländerfeindlichkeit in Deutschland“, noch vor „finanziellen Problemen“ (21,6%) und der „Trennung von der Heimat“ (20,7%). (Hradil 1999, S. 347)

²¹ Häußermann, Hartmut / Oswald, Ingrid (1997):Zuwanderung und Stadtentwicklung, in: Leviathan. Sonderheft 17, Westdeutscher Verlag. Opladen.

²² Krummacher 1998

²³ Datenreport 2004, S. 56ff.

²⁴ Datenreport 2004, S. 49f.

²⁵ vgl. Blinkert, Baldo (1996): Aktionsräume von Kindern in der Stadt. Eine Untersuchung im Auftrag der Stadt Freiburg, Centaurus, Pfaffenweiler.

vgl. „Initiative Lokale Bündnisse für Familie“: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

²⁶ www.destatis.de (10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung)

²⁷ vgl. PISA 2000 und Datenreport 2004, S. 67 und 75

²⁸ Datenreport 2004, S. 584ff.

²⁹ Sennett, Richard (1998): Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität, Fischer, Frankfurt/M.. Erstausgabe: The Fall of Public Man, Alfred A. Knopf Inc., New York 1974.